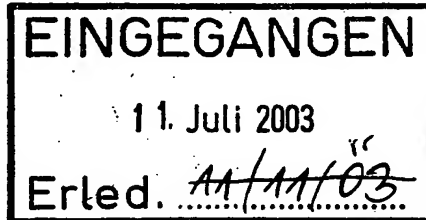


Patentanwälte
Schaumburg, Thoenes & Thurn
Postfach 860748
81634 München

Ihr Zeichen: 2002-1015 DE



Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

1.7v → 11/11/04

2.7v → 11/11/05 p.

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je **zwei** Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

- 2 -

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmuster-Gesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Annahmestelle und
Nachtbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12**

Hauptgebäude
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0
Telefax (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:
Landeszentralbank München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00

Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:
S2 Haltestelle Fasangarten
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße



✓(1)	DE 689 07 466 T2	AO
✓(2)	DE-OS 1 424 318	AL
✓(3)	DE 195 20 637 A1	Aφ ₁
✓(4)	DE 199 60 649 A1	Aφ ₄
✓(5)	DE 199 53 353 A1	Aφ ₃
✓(6)	DE 44 35 077 A1	AP

I.

- A) Der Entgegenhaltung (1) ist eine Vorrichtung zur Führung einer bewegten Bahn (40), bei der diese über zwei parallel in der Ebene liegende Walzen (Lenkrollen 32, 44) mit einem vorgegebenen Umschlingungswinkel (hier 90°) geführt ist, die Walzen (32, 44) in einem gemeinsamen, schwenkbaren Rahmen (50) gelagert sind und der Rahmen (50) um eine zur Ebene der Bahn (40) senkrechte Achse verschwenkt (58, 60) werden kann, zu entnehmen (vgl. Anspruch 1 und Figuren 2,3A).

Aus der Entgegenhaltung (2) ist ferner eine dreh- und kippbare Steuervorrichtung zum Regulieren einer Warenbahn (8) bekannt, bei der zwei achsparallele Walzen (Regulatorwalzen 4,5) in einem Rahmen (Regulator: zylindrisches Rohr 1, Traverse 2,3) gelagert sind und der Rahmen (Regulator) sowohl in der Horizontalen (Drehbewegung), als auch in der Senkrechten (Kippbewegung) zur Bahnebene verschwenkbar ist (vgl. Anspruch 1 und Figuren 1-3).

Ausgehend von der Entgegenhaltung (1) und bei Kenntnis der Entgegenhaltung (2) bedurfte es somit keiner erfinderischen Tätigkeit mehr, eine Vorrichtung gemäß dem Hauptanspruch auszugestalten. Dieser Schritt lag vielmehr nahe, da es hierfür nur erforderlich war, das aus der Entgegenhaltung (2) Bekannte auf eine Vorrichtung gemäß der Entgegenhaltung (1) zu übertragen.

Der Hauptanspruch ist damit nicht gewährbar.

- B) Der auf ein Verfahren gerichtete nebengeordnete Anspruch 26 unterscheidet sich hinsichtlich seiner Merkmale nicht vom Hauptanspruch. Aus diesem Anspruch geht nur die Arbeitsweise der Vorrichtung gemäß des Anspruchs 1 hervor und dies ist patentrechtlich kein Verfahren, sondern kennzeichnendes Kriterium einer Vorrichtung.

Der Nebenanspruch 26 ist somit nicht gewährbar.

- C) Bezüglich der Ansprüche 2 bis 4, 7 und 16 ist auf die Entgegenhaltung (1) zu verweisen, da hieraus bekannt ist, vor und nach dem Rahmen (50) Transportwalzen (Leerlaufrollen 34, 42) zur Bahnführung anzuordnen (vgl. Figur 2), den Rahmen (50) mit Hilfe einer Einstellvorrichtung (Schwenkmechanismus 56) hydraulisch, elektrisch, usw., mit Hilfe einer Schrauben-Muttern-Kombination (Führungsspindel 68, Spindelmutter 70) zu verstellen (vgl. Seite 2 Absatz 2, Seite 8 Absatz 3, Seite 9 Absatz 2 und Figuren 1,3A-3C) und die Sensoren (Kantensensoren 82, 84) zur Erfassung der Bahnkanten beiderseits der Bahn sowie am Drehrahmen anzuordnen (vgl. Anspruch 1 und Figur 1,4A).

Zu den Ansprüchen 5 und 6 konnte neben (1) die Entgegenhaltung (3) ermittelt werden. Aus (1) ist bekannt, mittels mindestens einem Kantensensor (82, 84) die Bahn (40) zu erfassen, die Signale auszuwerten (Steuerschaltung 24, -pult 26) und den Drehrahmen (50) entsprechen zu regeln (vgl. Seite 4 Absatz 2; Seite 5 Absatz 3, Anspruch 1 und Figuren 4B,5-9). Aus (3) geht hervor, wie der Durchhang einer Bahn (Warenbahn 2) erfasst wird (vgl. Ansprüche 1,11 und Figuren 1,2).

Zu dem Anspruch 8 ist die Entgegenhaltung (4) zu nennen, da bei der dort beschriebenen Vorrichtung Kraftsensoren (Sensormittel 42) zum Erfassen der Bahnspannung (vgl. Anspruch 11 und Figuren 2,3) bereits eingesetzt sind.

Zu den Ansprüchen 11, 12, 14, und 15 ist auf die Entgegenhaltung (5) zu verweisen, da bei dieser bekannten Druckereinheit in Richtung des Bahntransportes (Papierbahn 12) nach der Umdruckstation (Fotoleitrommel 14) die Fixierstation (Fixiereinheit 40) und anschließend die Abzugseinheit (Papierausgabereinheit 44) angeordnet ist (vgl. Anspruch 1 und Figur 1). Ebenso ist hieraus bekannt, die Abzugseinheit (Papierausgabereinheit 44) mit zwei Walzen (Antriebswalze 46 und Führungsräder 47) schwenkbar (Schwenkarm 45) zur Korrektur des Bahnlaufs auszuführen (vgl. Spalte 4 Zeilen 19-29 und Figur 1,2).

Zu dem Anspruch 25 ist die Entgegenhaltung (6) anzuführen, da diese Fixiervorrichtung (11) bereits berührungslos im Infrarot-Bereich arbeitet (vgl. Anspruch 2 und Figur 1).

Die Ansprüche 27 und 28 sind Unteransprüche des Nebenanspruchs 26 und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Merkmale nicht von den Ansprüchen 6 und 12. Das unter I.B) zum Nebenanspruch 26 ausgeführte gilt somit auch für die Ansprüche 27 und 28.

Nach Fortfall der übergeordneten Ansprüche 1 und 26 sind die vorstehend genannten Unteransprüche daher gleichfalls nicht mehr gewährbar. Dies trifft auch für die Unteransprüche 9, 10, 13 und 17 bis 20 zu, da in diesen nur noch einfache bauliche Ausgestaltungen der Gegenstände des Anspruchs 1 und des Anspruchs 26 gekennzeichnet sind, denen eine patenbegründende Bedeutung nicht mehr zukommt.

II.

- A) Gemäß der Beschreibungseinleitung wird die geltende Aufgabe hinsichtlich des allgemein auf eine Vorrichtung gerichteten Anspruches allein durch die Merkmale des Hauptanspruchs 1 gelöst. Dass die Vorrichtung zur Führung einer endlosen Bahn in einem Drucker oder Kopierer gemäß des nebengeordneten Anspruchs 21 auch eine weitere, von dem Anspruch 1 unabhängige Lösung der geltenden Aufgabe darstellt, ist der Beschreibung nicht zu entnehmen und für die Prüfungsstelle auch nicht erkennbar. Denn in der mit dem Nebenanspruch 21 beanspruchten Vorrichtung ist bezüglich des zu lösenden Problems nur aufgabenhaft angegeben, dass zur Korrektur eines einseitigen Durchhangs der Bahn die Abzugsvorrichtung verschwenkbar sein soll. Wie hierzu die Bahn geführt werden soll und um welche Achsen die Abzugsvorrichtung verschwenkbar sein muss, geht aus diesem Anspruch nicht hervor.

In technischer Hinsicht sind zu dem nebengeordneten Anspruch 21 die Entgegenhaltungen (5) und (6) ermittelt worden. Aus (5) ist eine schwenkbare Abzugsvorrichtung (Papierausgabeeinheit 44), bestehend aus der schwenkbaren Antriebswalze (46), den Führungsrädern (47) und dem Schwenkarm (45), bekannt (vgl. Spalte 4 Zeilen 19-29 und Figur 1,2). Aus (6) ist eine Vorrichtung zur Führung einer Bahn (Aufzeichnungsträger 2) in einem Drucker oder Kopierer beschrieben, wobei die Bahn (2) in Transportrichtung (3) gesehen zuerst die Umdruckstation (9) und anschließend die Fixierstation (Energieübertragungseinheit 11) durchläuft sowie mittels der Fixierwalzen (13,14) „abgezogen“ wird (vgl. Ansprüche 1,7 und Figur 1).

- B) Der auf ein Verfahren gerichtete nebengeordnete Anspruch 29 unterscheidet sich hinsichtlich seiner Merkmale nicht vom Anspruch 21. Aus diesem Anspruch geht nur die Arbeitsweise der Vorrichtung gemäß des Anspruchs 21 hervor und dies ist patentrechtlich kein Verfahren, sondern kennzeichnendes Kriterium einer Vorrichtung.

C) Die Ansprüche 30 und 31 sind Unteransprüche des Nebenanspruchs 29 und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Merkmale nicht von den Ansprüchen 24 und 25. Das unter II.B) zum Nebenanspruch 29 ausgeführte gilt somit ebenfalls für diese beiden Ansprüche.

Die mit den Ansprüchen 21 und 29 gekennzeichneten Gegenstände können daher nicht in der vorliegenden Anmeldung verbleiben. Dies gilt ebenso für die Unteransprüche 22 bis 24, 30 und 31.

Bei dieser Sachlage kann die Erteilung eines Patents auf den Anmeldungsgegenstand nicht in Aussicht gestellt werden.

Prüfungsstelle für Klasse B65H

Dipl.-Ing. H.-G. Noack

Hausruf: 2792

Anlagen:

Abl. von 6 Entgegenhaltungen

Ge

Ausgefertigt

Greisl
Regierungsangestellte

